



Der Unternehmer

Willy Wriggers, 35, Bio-Informatiker, University of Texas, Houston, mit Ehefrau Hilary in der heimischen Küche

Willy Wriggers läuft immerfort zwischen zwei Gebäuden der University of Texas in Houston hin und her: In einem steht ein Elektronenmikroskop, mit dem der 35-Jährige die Struktur von Erbmaterial untersucht; 200 Meter weiter tüfteln seine Mitarbeiter Computermodelle aus, die helfen sollen, die Baupläne der Natur besser zu verstehen.

Das Ganze hat etwas Improvisiertes, weil Wriggers erst vor wenigen Monaten aus San Diego nach Houston gewechselt ist. Er war dort Juniorforscher am Scripps Institute – eine der besten Adressen in der Biomedizin. Doch nach drei Jahren hatte der gebürtige Ingolstädter das Gefühl, „dass mein Marktwert höher war als das, was Scripps bot“. Houston lockte mit einer Doppelprofessur für Informatik und Molekularmedizin und finanzierte ihm den Aufbau eines eigenen Labors. Scripps dagegen beharrte auf Traditionen und Hierarchien. „Die hatten das europäische Modell, und dafür bin ich nicht in die USA gegangen. Ich wollte schon die Freiheiten nutzen, die sich hier bieten.“

In Houston wohnt Wriggers mit seiner Frau Hilary in einem schicken neuen Haus, er hat keinen Vorgesetzten, ein Team von acht Mitarbeitern und verwaltet einen Millionennet. Der Einzige, dem er Rechenschaft schuldet, ist er selbst. „Im Grunde arbeiten wir hier wie Unternehmer“, sagt er, „nur dass es nicht darum geht, sich persönlich zu bereichern.“ Den Preis für die Freiheit zahlt Wriggers gern: ständiger Wettbewerb um staatliche und private Fördergelder, gepaart mit einer hohen Erwartungshaltung. „Im Moment bauen wir auf, und das ist in Ordnung. Aber im nächsten Jahr müssen dann auch Resultate kommen.“

Hochschulen obendrein von der Sitte profitieren, dass Firmen und reiche Privatleute – oft Ehemalige – ihnen Abermillionen an Spenden zustecken.

Wen wundert es da, dass der deutsche Akademikernachwuchs lieber in Amerika bleibt? Selbst wenn er unter Heimweh leidet: „Ich vermisse die Familie, die Freunde, das Essen“, klagt Ines Mergel, Wirtschaftswissenschaftlerin in Harvard. Aber eine Rückkehr ist für die Hannoveranerin nicht vorstellbar. „Hier in Amerika wird man sofort Assistenzprofessor“, sagt sie. „Es gibt unendlich viele Stellen. In Deutschland sehe ich für mich derzeit keine Perspektive.“

Natürlich gibt es Nachteile: Man ist weit weg von daheim und kommt selten dazu, die Familie zu besuchen. Denn wer in der Wirtschaft arbeitet, beginnt mit zehn Tagen Urlaub im Jahr.

Und dann ist da die Sache mit dem Geld, denn die Freiheit hat ihren Preis. „Man muss alles selber finanzieren und 'ne Menge arbeiten, um das Geld fließen zu lassen“, sagt Sebastian Thrun. Der 36-Jährige ist Roboter-Experte und leitet das Institut für künstliche Intelligenz an der kalifornischen Stanford University. „Ich bekomme keine direkten Mittel von der Uni.“ Man sieht ihm an, dass er nur drei Stunden geschlafen hat – ein Antrag auf Förderung durch die „Darpa“, den Forschungsarm des US-Verteidigungsministeriums, musste in der Nacht noch fertig →

an den Spitzenuniversitäten sind die Arbeitsbedingungen häufig paradisiatisch.

Alfred Spormann ist mit seinem Team gerade in das neue „Bio-X Clark Center“ gezogen, einen Palast aus Stahl und Glas, entworfen vom Star-Architekten Lord Norman Foster, finanziert von James Clark, einem der Gründer der Internetfirma Netscape. Auf drei Etagen arbeiten Physiker, Neurologen, Biologen, Informatiker und Chemiker. „Das ist so, als ob alle Max-Planck-Institute an einem Ort vereint wären“, schwärmt Spormann.

WENN ES UMS GELD GEHT, hat Amerika es besser: Im Jahr 2000 gaben die USA 287 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus – 121 Milliarden mehr als die EU-Staaten. Der Abstand hat sich seit 1994 verdoppelt. Die Europäer versuchen verzweifelt aufzuholen. 2002 beschlossen sie, ihre Forschungsgelder massiv zu erhöhen – von durchschnittlich 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf drei Prozent – und 700 000 neue Forscherstellen zu schaffen. Der ehrgeizige Plan erweist sich zwei Jahre später als Luftnummer: Die EU-Kommission gesteht, Europa sei – außer in Schweden und Finnland – „weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen“.

Also ächzen die europäischen Unis weiter unter der Last, immer mehr Studenten mit immer weniger Geld ausbilden zu müssen, während die amerikanischen